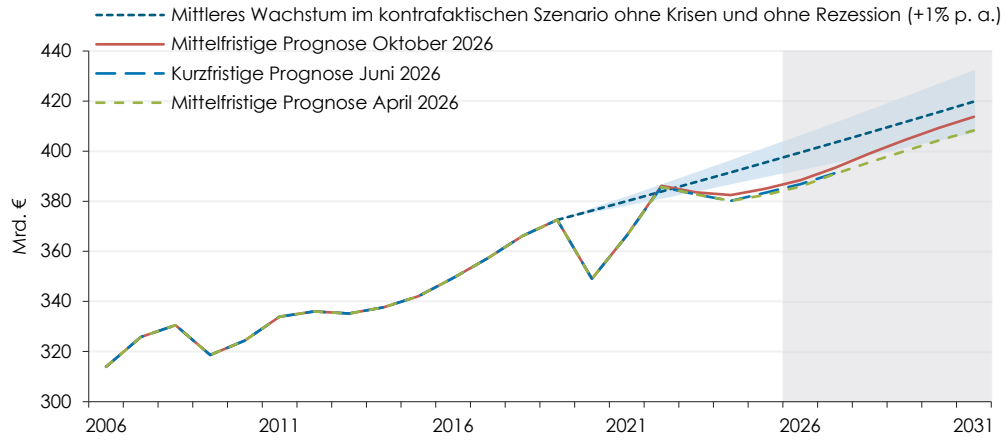
Strukturprobleme bremsen das Wirtschaftswachstum, Zinsendienst erschwert die Konsolidierung

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Mark Sommer

- Für 2026/2031 erwartet das WIFO ein reales BIP-Wachstum von 1,2% pro Jahr. Es liegt leicht über dem Trendwachstum (+1,0% p. a.). Folglich schließt sich die Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraums.
- Das Arbeitskräfteangebot nimmt demografisch bedingt nur geringfügig zu, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2031 auf voraussichtlich 5,8% zurückgehen wird.
- Wegen des neuerlichen Energiepreisschocks infolge des Iran-Krieges wird die Inflationsrate 2026 bei 3,3% zu liegen kommen. Der Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2% wird voraussichtlich erst ab der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht.
- Das Budgetdefizit wird über den Prognosehorizont durchschnittlich 4,1% des BIP betragen, womit Österreich die EU-Vorgaben ohne weitere Maßnahmen klar verfehlen wird. Die Staatsschuld dürfte in diesem Fall bis 2031 auf 89% des BIP anwachsen.

Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Die österreichische Wirtschaft erlebte 2023/24 eine der längsten Rezessionen der Nachkriegszeit. Im Zeitraum 2026/2031 beträgt das BIP-Wachstum voraussichtlich 1,2% p. a. (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Blaue Schattierung: Wachstumstrichter im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession: Obergrenze +1,25% jährliches BIP-Wachstum, Untergrenze +0,75% jährliches BIP-Wachstum).

"Durch die Krisen der vergangenen Jahre – COVID-19-Krise, Energiepreisschocks (2022/23 und 2026) und die Rezession 2023/2024 – büßte die österreichische Wirtschaft deutlich an Wertschöpfung ein. Die Einbußen in den Jahren 2020/2031 liegen – je nach den Annahmen zum durchschnittlichen Wachstum in einem kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession – bei rund 112 Mrd. € (±78 Mrd. €)."

Strukturprobleme bremsen das Wirtschaftswachstum, Zinsendienst erschwert die Konsolidierung

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Mark Sommer

Strukturprobleme bremsen das Wirtschaftswachstum, Zinsendienst erschwert die Konsolidierung. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Österreichs Wirtschaft erholt sich schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Das WIFO erwartet 2026/2031 ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 1,2% (Ø 2010/2019 +1,6%) und ein Trendwachstum von 1,0% p. a. Im Vergleich zu anderen Euro-Ländern wird Österreichs Wirtschaft mittelfristig etwas langsamer expandieren. Der demografische Wandel verringert das Arbeitskräfteangebot. Dies trübt einerseits die mittelfristigen Aussichten, dämpft aber andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: die Arbeitslosenquote wird bis 2031 auf voraussichtlich 5,8% zurückgehen (2026: 7,6%). Aufgrund der kräftigen Verteuerung von Mineralölprodukten und Erdgas infolge des Iran-Krieges wird die Inflationsrate 2026 bei 3,3% und 2027 bei 2,6% zu liegen kommen. Das Inflationsziel von 2% wird voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht. Die Neuverschuldung liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 4,1% des nominellen BIP deutlich über der Maastricht-Schwelle von 3%, wodurch die Staatsschuld bis 2031 89% der nominellen Wirtschaftsleistung erreicht (2025: 80,7%). Um die Neuverschuldung unter die 3%-Marke zu drücken und die Einstellung des EU-Defizitverfahrens zu erwirken, bedürfte es daher zusätzlich zu den im Doppelbudget 2027/28 bereits vereinbarten Konsolidierungsschritten weiterer Maßnahmen im Ausmaß von zumindest 1% des nominellen BIP.

Structural Problems are Holding Back Economic Growth, Whilst Interest Payments are Hampering Fiscal Consolidation. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2031

Austria's economy is recovering slowly from the recession of 2023-24. WIFO forecasts average annual GDP growth of 1.2 percent for 2026-2031 (Ø 2010-2019 +1.6 percent) and trend growth of 1.0 percent p.a. Compared with other euro area countries, Austria's economy is expected to grow more slowly in the medium term. Demographic change is reducing the labour supply. Whilst this clouds the medium-term outlook on the one hand, it also significantly reduces unemployment: the unemployment rate is forecast to fall to 5.8 percent by 2031 (2026: 7.6 percent). Due to the sharp rise in prices for mineral oil products and natural gas caused by the war in Iran, the inflation rate is projected to reach 3.3 percent in 2026 and 2.6 percent in 2027. The inflation target of 2 percent is not expected to be met until the second half of 2029. Over the forecast period, net borrowing is projected average 4.1 percent of nominal GDP, well above the Maastricht threshold of 3 percent, causing public debt to reach 89 percent of nominal GDP by 2031 (2025: 80.7 percent). In order to bring net borrowing below the 3 percent mark and ensure the closure of the EU excessive deficit procedure, further measures of at least 1 percent of nominal GDP would therefore be required, in addition to the consolidation measures already agreed in the 2027-28 biennial budget.

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert für die Jahre 2026 und 2027 auf der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2026 (Glocker & Ederer, 2026, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 15. September 2026 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 2. Oktober 2026 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonometrischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf.

Begutachtung: Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Victoria Plöchl (victoria.ploechl@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 23. 10. 2026

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Marian Fink (marian.fink@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Mark Sommer (mark.sommer@wifo.ac.at)

Geopolitische Konflikte (Iran-Krieg, Ukraine-Krieg) und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten belasten weiterhin die Weltwirtschaft. Rohöl, Erdgas und darauf beruhende Güter wie Mineralölprodukte, Kunstdünger und Helium haben sich infolge des Iran-Krieges seit Ende Februar 2026 deutlich verteuert (Glocker & Ederer, 2026, in diesem Heft). Daneben setzen die Handelspolitik der USA und die Exportpolitik Chinas, das auf Subventionen und eine permanente Unterbewertung des Yuan setzt, die Industrieländer merklich unter Druck.

Die vorliegende Vorausschau bis 2031 fußt auf der WIFO-Konjunkturprognose für die Jahre 2026/27 (siehe Glocker & Ederer, 2026) und schreibt den dort präsentierten Ausblick bis 2031 fort[1]). Die Aussichten für die österreichische Wirtschaft haben sich seit dem Update der mittelfristigen Prognose vom April 2026 (Baumgartner et al., 2026) leicht aufgehellt. Sie erholt sich aber weiterhin nur schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24 (–½% p. a.). Für den **Prognosezeitraum 2026/2031** erwartet das WIFO einen **durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachs** von **1,2%** (Ø 2010/2019 +1,6% p. a.; Übersicht 2). Österreichs Wirtschaft dürfte damit um 0,1 Prozentpunkte p. a. schwächer expandieren als der Durchschnitt der Euro-Länder (Abbildung 1).

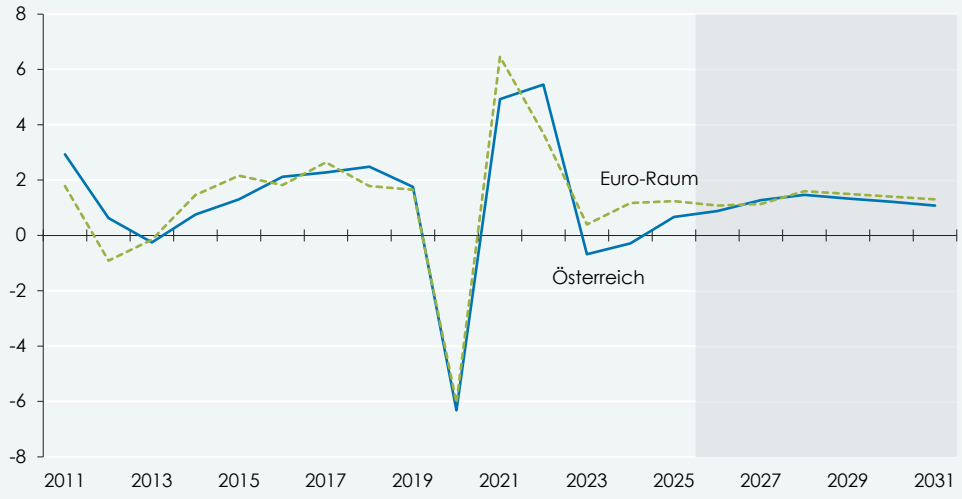
Mittelfristig werden nach Einschätzung des WIFO strukturelle Faktoren das Wachstum bremsen. Dazu zählen neben der eingeschränkten preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel, infolge höherer Lohn- und Energiepreissteigerungen als bei wichtigen Handelspartnern, auch Probleme hinsichtlich der Integration von Migrant:innen in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt sowie die geringe Erwerbsbeteiligung von Älteren. Des Weiteren sind europäische Industrieunternehmen mit vermehrter Konkurrenz aus Asien konfrontiert, und der Zugang zum Markt der USA wird angesichts der dortigen Zollpolitik eingeschränkt bleiben. Zudem bringen der technologische und der demografische Wandel sowohl Mismatch-Probleme als auch einen Fachkräftemangel mit sich. Andererseits erleichtert der Rückgang der Erwerbsbevölkerung den Abbau der Arbeitslosigkeit, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2031 auf 5,8% zurückgehen wird (2026: 7,6%).

Der Preisauftrieb bei Konsumgütern liegt 2026 wegen des Iran-Krieges noch bei hohen 3,3%[2]). Ohne weitere Maßnahmen als jenen, die von der österreichischen Bundesregierung bis Oktober 2026 bereits getroffen bzw. angekündigt wurden, wird die Inflationsrate auch 2027 (2,6%) über dem angestrebten Zielwert von 2% bleiben; dieser wird erst in der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht (Ø 2026/2031: 2,4% p. a.).

Die Defizitquote wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen über den gesamten Prognosezeitraum bei durchschnittlich 4,1% des nominellen BIP liegen. Die Konsolidierungsmaßnahmen im Doppelbudget 2027/28 werden durch den höheren Zinsendienst konterkariert. Um den Maastricht-Schwellenwert von 3% zu erreichen, sind daher in der Budgeterstellung für die Jahre ab 2028 weitere Konsolidierungsschritte von mindestens 1% des nominellen BIP notwendig[3]).

Abbildung 1: **Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

[1]) Gemäß den Markterwartungen dürften die Preise von Rohöl und Erdgas bis 2031 wieder auf den Pfad zurückkehren, der vor dem Iran-Krieg unterstellt wurde (Abbildung 2).
[2]) Auf Basis der Inflationsraten im Jänner und Februar 2026 hatte das WIFO vor Ausbruch des Iran-Krieges für das Jahr 2026 eine Teuerung von rund 2% erwartet; siehe dazu Selektiv (2026).
[3]) Auch der Fiskalrat (2026) kommt in seiner Analyse des Staatshaushaltes 2026/27 zu einem sehr ähnlichen Ergebnis.

1. Internationale Rahmenbedingungen

1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Erdgas dürfte im Zeitraum 2026/2031 gut doppelt und Strom 2¾-mal so viel kosten wie noch 2018/2020.

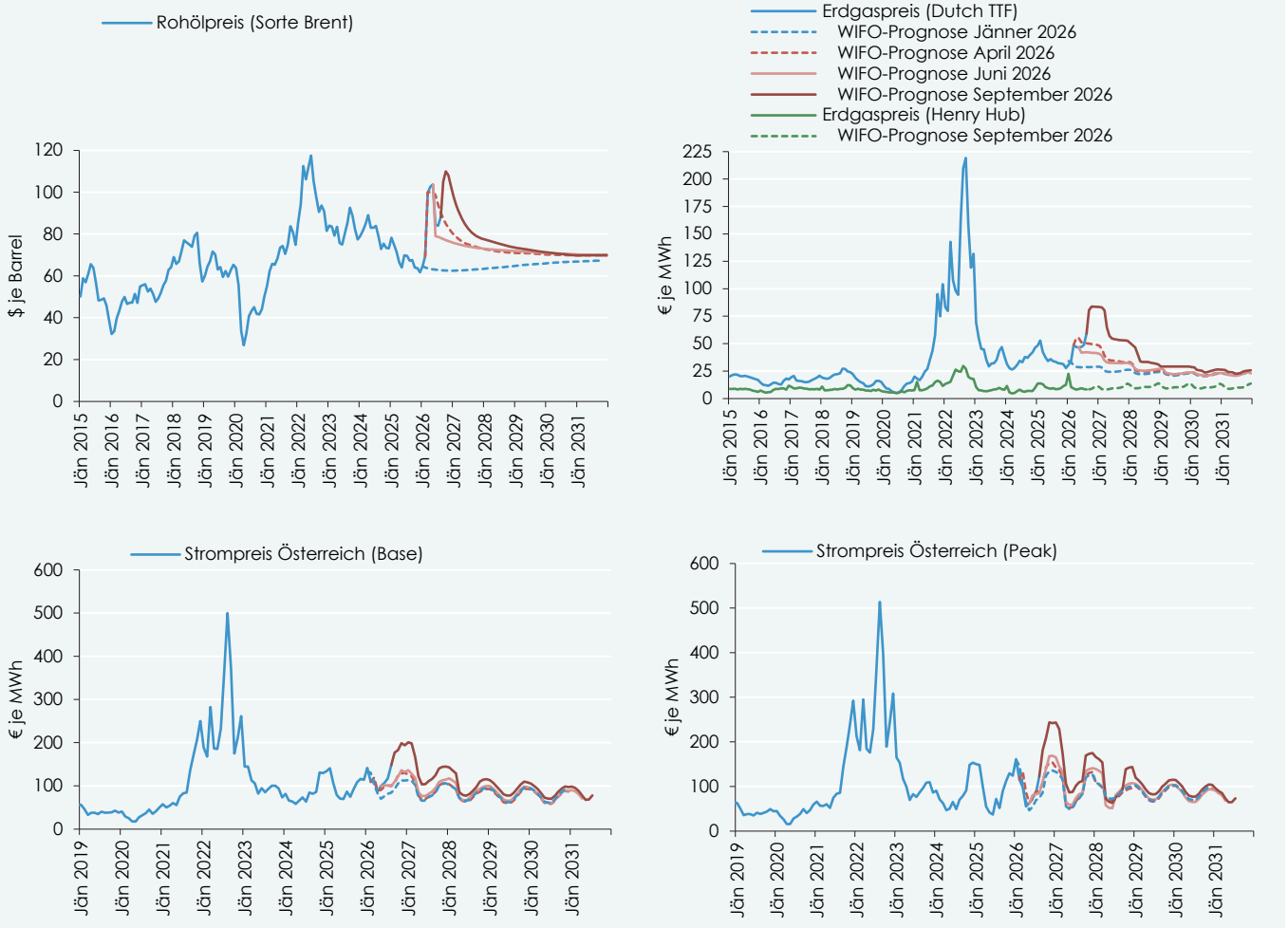
Die Dauer und der weitere Verlauf des Iran-Krieges beeinflussen maßgeblich den Ausblick für die internationalen Energiepreise. Die vorliegende Prognose geht auf der Basis der Markterwartungen (Futures) davon aus, dass die Kampfhandlungen am Persischen Golf im Laufe des Jahres 2027 dauerhaft eingestellt werden. Die unterstellten Preispfade für Rohöl, Erdgas und Strom entsprechen für 2026/27 jenen der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose (Glocker & Ederer, 2026) und basieren für die Jahre 2028/2031 auf den (durchschnittlichen) Markterwartungen gemäß den Futures-Notierungen (Übersicht 1, Abbildung 2).

Das WIFO unterstellt für 2026 einen **Rohölpreis** von 93,5 $ je Barrel (Sorte Brent; Jahresdurchschnitt) und nach Kriegsende einen schrittweisen Rückgang auf 70 $ je Barrel bis 2031. Die Großhandelspreise für **Erdgas und Strom** (gemäß Dutch TTF bzw. den Strom-Futures für Österreich) dürften nach einem Anstieg im Jahr 2026 in den Folgejahren ebenfalls wieder zurückgehen.

Energie wird jedoch auch mittelfristig teurer bleiben als vor dem Energiepreisschock 2021/22: Erdgas dürfte im europäischen Großhandel 2026/2031 durchschnittlich rund 2⅓-mal so viel, Strom fast 2¾-mal so viel kosten wie im Zeitraum 2018/2020. In den USA dürften die Großhandelspreise für Erdgas (gemäß Henry Hub; Abbildung 2) dagegen nur leicht über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen. Damit werden der deutliche Kostenvorteil gegenüber Europa (2026 –82%, 2031 –57%) und damit der Wettbewerbsnachteil der europäischen energieintensiven Exportwirtschaft gegenüber der Konkurrenz in den USA über den gesamten Prognosehorizont bestehen bleiben.

Abbildung 2: **Energiepreise**

Monatliche Entwicklung internationaler Notierungen



Q: HWWI, IWF, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, US Energy Information Administration, CME Group, Macrobond, OeNB, WIFO-Berechnungen.

1.2 Annahmen zur Geldpolitik

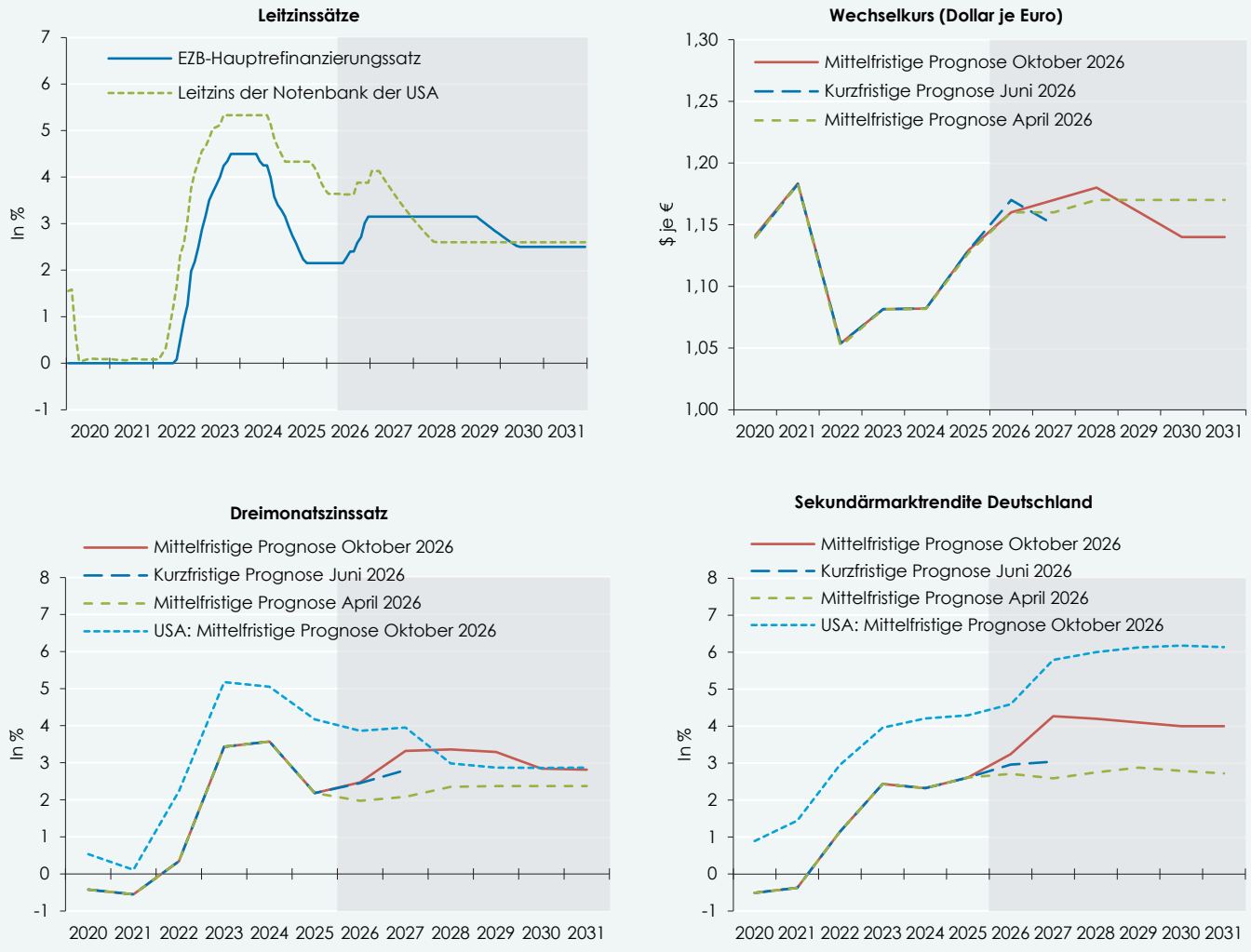
Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** erwartet das WIFO für das IV. Quartal 2026 eine weitere Leitzinserhöhung um ¼ Prozentpunkt. Auf der Basis eines adaptierten Taylor-Regel-Modells wird bis zum I. Quartal 2027 mit weiteren Zinsschritten gerechnet, wodurch die Federal Funds Rate (FFR) 4,1% erreicht. Für die Folgejahre wird eine Absenkung der FFR auf 2,6% ab Mitte 2028 unterstellt (Abbildung 3).

Die **EZB** dürfte ihre **Geldpolitik** im IV. Quartal 2026 und im Jahr 2027 weiter straffen. Das WIFO unterstellt, dass der Hauptrefinanzierungssatz für Geschäftsbanken von 2,2% im II. Quartal 2026 auf 3,2% zu Jahresanfang 2027 ansteigt und erst ab der zweiten Jahreshälfte 2029 wieder sinkt (2031: 2,5%). Folglich steigt der Dreimonatsgeldmarktsatz von 2,2% (2025) auf 3,3% (2027/2029) und geht danach leicht zurück (2,8%). Die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen kletterte von 2,6% 2025 auf 3,3% im III. Quartal 2026 (zu den Ursachen siehe Glocker & Ederer, 2026). 2027/2029 dürfte sie durchschnittlich 4,2% betragen und in den Folgejahren leicht auf 4% zurückgehen.

Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** verharrt auf Basis der Konjunktur- und Zinsentwicklung in den beiden Wirtschaftsräumen im Zeitraum 2026/2029 bei durchschnittlich rund 1,17 $ je Euro und sinkt danach auf 1,14 $ je Euro.

Die EZB wird ihre Geldpolitik 2026/27 weiter straffen. Der Dreimonatszinssatz wird von 2,2% im Jahr 2025 auf 3,3% (2027/2029) steigen.

Abbildung 3: **Monetäre Rahmenbedingungen**



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

1.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern wird 2026/2031 ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1¾% p. a. erwartet.

In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen** (Euro-Raum, MOEL 5, USA, China, Schweiz) bleibt das reale BIP-Wachstum aufgrund der anhaltenden Verwerfungen in der Weltwirtschaft (Energiepreise, Handelspolitik der USA) mittelfristig verhalten (exportgewichtet Ø 2026/2031 +1¾%, Ø 2010/2019 +2,1% p. a.; Übersicht 1)[4]).

Im **Euro-Raum** wird sich das Wachstum nach einer Schwächephase in den Jahren 2023/2027 (+1,0% p. a.) auf voraussichtlich 1½% p. a. (Ø 2028/29) beschleunigen. In den **MOEL 5** wird der BIP-Zuwachs 2025/2027 2,4% betragen und sich bis 2031 auf 2,2% verlangsamen (Übersicht 1, Abbildung 4).

Der massive Ausbau der Rechenkapazitäten für **Künstliche Intelligenz** und der damit verbundenen Energieinfrastruktur beflügeln vor allem in den USA und China die Konjunktur (siehe Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2026, Kasten 11). **Chinas** Wirtschaft ist 2023/2025 noch um rund 5% gewachsen. Angesichts der Handelskonflikte, insbesondere mit den USA und möglicherweise auch mit der EU, und verschiedenen strukturellen Herausforderungen (Lui, 2024) erwartet das WIFO für 2026/2031 ein Wirtschaftswachstum von 4,1% p. a.

Die **USA** könnten infolge ihrer Zollpolitik auch mittelfristig noch von Standortverlagerungen energieintensiver Industriezweige aus Übersee profitieren. Zusätzlich kommt ihnen weiterhin die Verschiebung der europäischen Energienachfrage von russischem Erdgas zu Flüssiggas (LNG) zugute. Darüber hinaus wurde durch den Angriff Israels und der USA auf den Iran und die daraus folgende Sperre der Straße von Hormus das Flüssiggasangebot aus den Golfstaaten (vor allem Qatar) deutlich verknappt. Daraus dürften amerikanische LNG-Produzenten noch länger einen Nutzen ziehen. Gebremst wird das Wirtschaftswachstum in den USA von einer Verringerung des Arbeitskräftepotenzials infolge der Rückführung von Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel und des insgesamt restriktiveren Zugangs zum Arbeitsmarkt. Am härtesten trifft dies arbeitsintensive Produktionsbereiche (z. B. die Landwirtschaft) und die Dienstleistungen. Alles in allem wird die Wirtschaft der USA im Zeitraum 2026/2031 um durchschnittlich rund 2½% p. a. expandieren (Ø 2021/2025 +3,3% p. a.).

Übersicht 1: **Internationale Konjunktur**

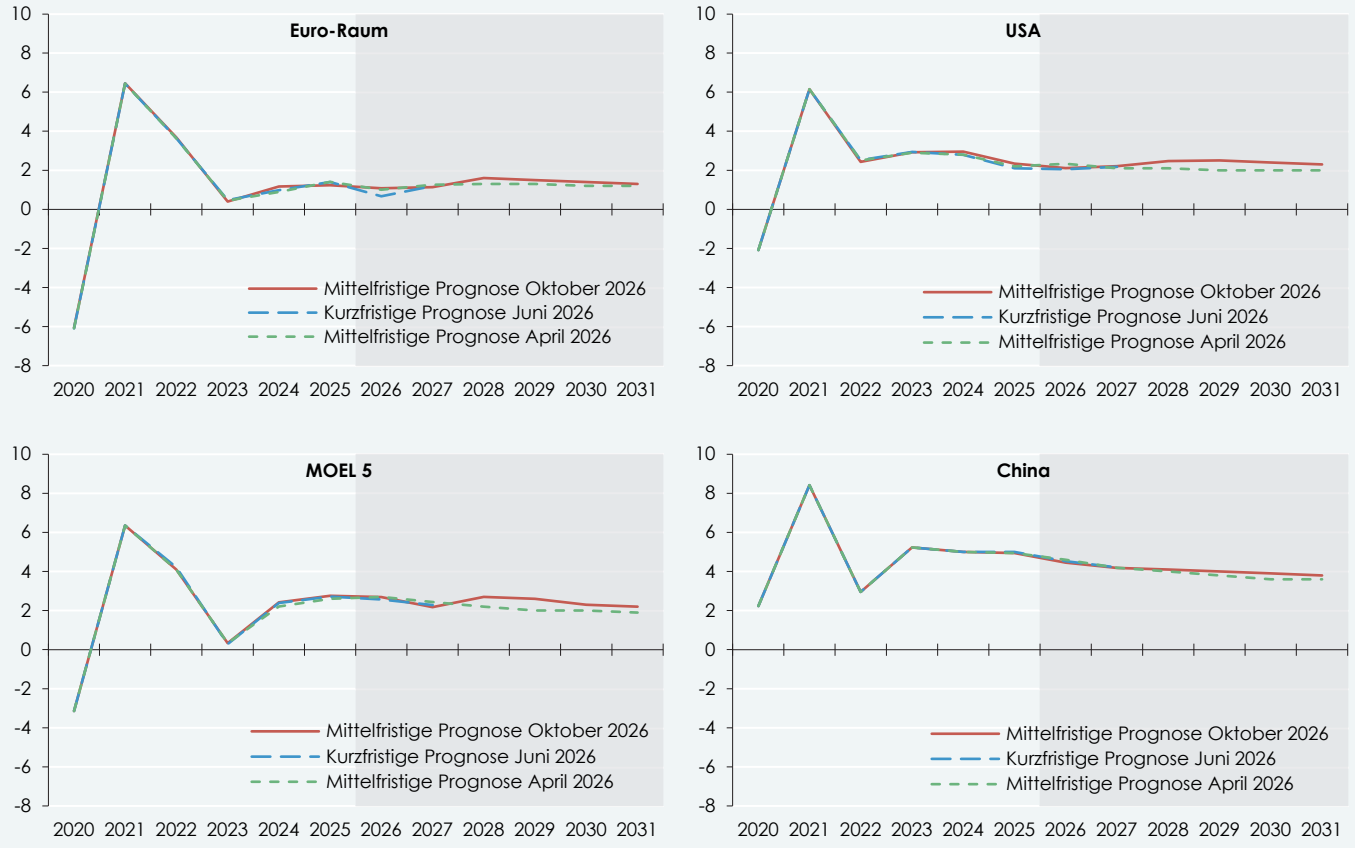
		Ø 2010/2019	Ø 2021/2025	Ø 2026/2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
		BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Euro-Raum		+ 1,4	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
MOEL 5[1])		+ 3,2	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2
USA		+ 2,4	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3
Schweiz		+ 1,9	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7
China		+ 7,7	+ 5,3	+ 4,1	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,8
Insgesamt, exportgewichtet[2])		+ 2,1	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7
Annahmen zur Prognose											
Rohölpreis, Brent	$ je Barrel	80	80	78	68	94	85	76	73	71	70
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	–	59	39	37	58	62	37	29	26	25
Strompreis Österreich											
Base	€ je MWh	–	130	108	99	140	140	105	95	87	82
Peak	€ je MWh	–	134	112	92	138	148	113	101	94	78
Wechselkurs	$ je €	1,23	1,11	1,16	1,13	1,16	1,17	1,18	1,16	1,14	1,14
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	1,8	3,0	2,2	2,5	3,3	3,4	3,3	2,8	2,8
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	1,6	4,0	2,6	3,2	4,3	4,2	4,1	4,0	4,0

Q: WIFO-Berechnungen. – [1]) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – [2]) Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

[4]) Für die Jahre 2026/27 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Glocker & Ederer (2026, in diesem Heft) übernommen. Für die Periode 2028 bis 2031 basieren sie auf einer durch das WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 21. 9. 2026.

Abbildung 4: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die Prognose der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Österreich bis 2031 baut auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose für 2026/27 auf (Glocker & Ederer, 2026) und stützt sich auf die Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur österreichischen Fiskalpolitik (Kapitel 2.5). Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme[5]).

Das **real verfügbare Haushaltseinkommen** dürfte **2026/27** aufgrund der durch den Iran-Krieg erneut angefachten Inflation **um ¼% p. a. schrumpfen.** Ein **Rückgang** der im langjährigen Vergleich (Ø 2010/2019: 8,0%) hohen **Sparquote** der privaten Haushalte von fast 10% 2025 auf 7,6% im Jahr 2031 ermöglicht dennoch eine Ausweitung des **privaten Konsums** um **¾%** pro Jahr (Übersichten 2 und 3, Abbildungen 5 und 6). Gestützt wird der Rückgang der Sparquote durch das hohe Sparvolumen der Vorjahre und einen anhaltenden Abbau der Arbeitslosigkeit (siehe Kapitel 2.3).

Auf die dreijährige Konjunkturschwäche (Ø 2023/2025 –0,1% p. a.) folgt eine zaghafte Erholung; das mittelfristige Wirtschaftswachstum beträgt voraussichtlich 1,2% p. a.

Die **Warenexporte** hängen von der internationalen Konjunktur ab. Für die Jahre 2026/2031 unterstellt das WIFO für die wichtigsten Zielregionen ein durchschnittliches Marktwachstum von 1¾% p. a. (siehe Kapitel 1). Die Exporte (i. w. S.) nehmen folglich jährlich um voraussichtlich 2,1% zu (Ø 2021/2025 +3,5% p. a.; Übersicht 3). Die **Importe** i. w. S., die von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern abhängen,

Gestützt vom Rückgang der Sparquote zieht der private Konsum nach der rezessionsbedingten Schwächephase wieder etwas an und wächst über den Prognosehorizont um durchschnittlich ¾% p. a.

[5]) Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint), und zweitens, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan als auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

dürften 2026/2031 um 1,9% p. a. ausgeweitet werden. Der Überschuss im **Außenbeitrag** gemäß ESVG verringert sich damit leicht von 2,4% (2025) auf 2,1% des nominellen BIP (2031).

Übersicht 2: **Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
					Veränderung in % p. a.					
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Nominell	+ 3,3	+ 6,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,3	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme[1])	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,1	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,6
Pro Kopf, real[2])	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1	– 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR[3])	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,4	± 0,0	– 0,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte[4])	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
					In %					
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen[5])	5,6	5,4	5,4	5,7	6,0	5,7	5,5	5,3	5,1	4,9
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,7	7,4	7,6	7,3	6,9	6,5	6,2	5,8
					In % des BIP					
Außenbeitrag	3,2	1,3	2,0	2,4	2,1	1,9	2,0	2,1	2,1	2,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	– 1,5	– 4,1	– 4,1	– 4,1	– 4,0	– 3,8	– 4,2	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission[6])	– 1,5	– 3,9	– 3,8	– 3,4	– 3,3	– 3,3	– 3,9	– 3,8	– 4,1	– 4,2
WIFO-Methode[7])	– 1,5	– 3,9	– 3,8	– 3,5	– 3,4	– 3,4	– 4,0	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission[6])	– 1,1	– 3,9	– 3,8	– 3,4	– 3,3	– 3,3	– 3,9	– 3,8	– 4,1	– 4,2
WIFO-Methode[7])	– 1,2	– 4,0	– 3,8	– 3,5	– 3,4	– 3,4	– 4,0	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Staatsschuld	81,1	79,5	85,7	80,7	82,3	83,5	85,2	86,2	87,6	89,1
					In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte	8,0	10,1	8,1	9,7	8,4	8,2	8,2	8,1	7,9	7,6
					Veränderung in % p. a.					
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission[6])	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
WIFO-Methode[7])	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
					In % des Trendoutputs					
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission[6])	– 0,1	– 0,4	– 0,5	– 1,2	– 1,2	– 0,9	– 0,6	– 0,3	± 0,0	± 0,0
WIFO-Methode[7])	± 0,0	– 0,2	– 0,4	– 1,1	– 1,1	– 0,8	– 0,4	– 0,1	+ 0,1	+ 0,1
					Veränderung in % p. a.					
Armutsgefährdungsquote[8]) in %	14,1	15,1	15,4	15,8	15,7	15,8	15,5	15,5	15,1	14,8
Einkommensquintilsverhältnis[8]), Verhältniszahl	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2
Treibhausgasemissionen[9])	± 0,0	– 2,2	– 2,7	+ 0,7	– 0,7	– 3,1	– 3,4	– 3,6	– 3,5	– 1,8
Mio. t CO_2-Äquivalent	81,0	70,8	61,4	67,1	66,6	64,5	62,3	60,1	57,9	56,9

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – [2]) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – [3]) Beschäftigungsverhältnisse. – [4]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – [5]) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – [6]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026. – [7]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – [8]) Laut Eurostat-Definition (siehe Glossar zur WIFO-Konjunkturberichterstattung), dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet, ab 2025 Prognose. – [9]) 2025: Schätzung des Umweltbundesamtes, ab 2026: WIFO-Prognose.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) legten in den Rezessionsjahren 2023/24 im Durchschnitt um gut 2,0% p. a. zu. Trotz der Erholung der Gesamtwirtschaft und der für eine emissionsärmere Produktionsweise notwendigen Steigerung der Investitionen bleiben die Produktionserwartungen angesichts der geopolitischen Unsicherheit und der im EU-Vergleich nach wie vor höheren Strom- und Erdgas-

preise[6]) gedämpft. Österreichs Industrie wird daher für eine Erholungsphase nach einer mehrjährigen Rezession weiter zurückhaltend investieren: der Investitionszuwachs wird im Prognosezeitraum 2,1% p. a. betragen.

Übersicht 3: **Komponenten der realen Nachfrage**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben	+ 0,8	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,7
Private Haushalte[1])	+ 0,9	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7
Staat	+ 0,7	+ 2,7	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
Ausrüstungen[2])	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 4,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
Bauten	+ 1,1	– 2,8	+ 0,8	– 2,9	– 0,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Exporte	+ 4,4	+ 3,5	+ 2,1	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,9
Importe	+ 4,2	+ 3,4	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2]) Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die Rezession in der Bauwirtschaft, die im 2. Halbjahr 2020 eingesetzt hatte, ließ die **Bauinvestitionen** bis 2026 (mit Ausnahme des Jahres 2021) durchgängig schrumpfen (Ø 2021/2025 –2,8% p. a.). Der Rückgang konzentrierte sich vor allem auf den Wohnbau: durch die hohe Teuerung sanken die real verfügbaren Haushaltseinkommen und der Realwert der Ersparnisse, während die deutlich höheren Baupreise, die verschärften Kreditvergaberegeln und die gestiegenen Kreditzinssätze die Finanzierung von Wohnraum erschwerten und somit die Wohnbaunachfrage drückten. Der Anstieg der langfristigen Zinssätze wird die Bauinvestitionen in den kommenden Jahren weiterhin dämpfen. Andererseits sind angesichts der schwachen Bautätigkeit der vergangenen Jahre Nachholeffekte zu erwarten, welche die Baunachfrage mittelfristig stützen (2026/2031 +¾% p. a.).

2.2 Trendoutput und Outputlücke

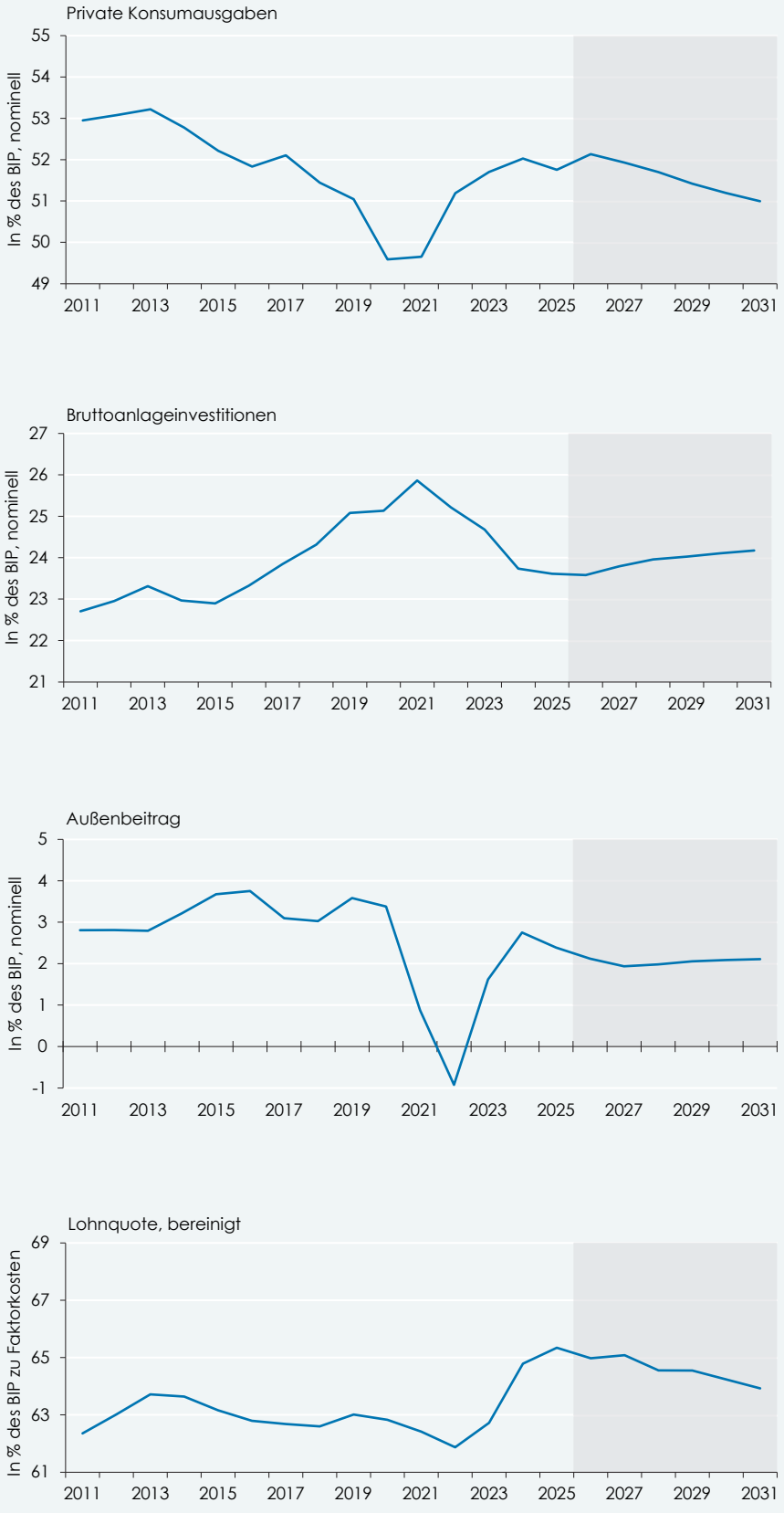
Der **Trendoutput** bildet das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft bei stabiler Inflation und nachhaltiger Auslastung der Produktionsfaktoren ab. Er wird wesentlich durch die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung, die Kapitalakkumulation und das Produktivitätswachstum bestimmt. Eine zentrale Bestimmungsgröße ist die Gesamtfaktorproduktivität (TFP), die jenen Teil des Produktionswachstums erfasst, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital allein nicht erklärt werden kann (Abbildung 7). Der Trend des Arbeitsvolumens ergibt sich aus der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, der durchschnittlichen Arbeitszeit und der strukturellen Arbeitslosenquote (NAWRU – Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment). Die NAWRU entspricht jener Arbeitslosenquote, bei der die Lohninflation stabil bleibt. Ihre Höhe wird insbesondere durch strukturelle und institutionelle Merkmale des Arbeitsmarktes beeinflusst.

Da das Produktionspotenzial nicht direkt messbar ist, wird es ökonometrisch geschätzt. Die Europäische Kommission verwendet hierfür einen Produktionsfunktionsansatz, bei dem Arbeitsvolumen und TFP um Konjunkturschwankungen bereinigt werden. Die WIFO-Berechnungen folgen diesem Ansatz und beruhen auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für den Zeitraum von 1976 bis 2025. Für die Jahre 2026 und 2027 werden die entsprechenden WIFO-Prognosen herangezogen.

Die **Outputlücke** misst die prozentuale Abweichung des tatsächlichen BIP vom Trendoutput und dient als Indikator der Konjunkturlage und der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung. Eine Unterauslastung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit führt zu einer negativen Outputlücke und deutet auf eine schwache Konjunktur sowie einen tendenziell sinkenden Inflationsdruck hin. Eine Überauslastung der Produktionsfaktoren resultiert hingegen in einer positiven Outputlücke und signalisiert verstärkten Inflationsdruck.

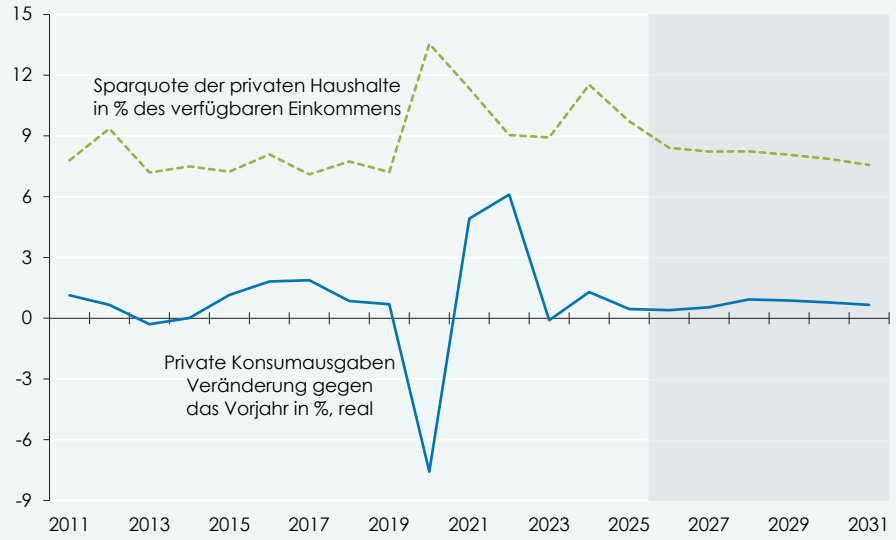
[6]) Siehe die europäische Energiepreisstatistik von Eurostat für Unternehmen (Nichthaushaltskund:innen, 1. Halbjahr 2007 bis 1. Halbjahr 2026): Für Strom siehe https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_205/default/table?lang=de, für Erdgas https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_203/default/table?lang=de.

Abbildung 5: **Nachfrage und Einkommen**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: **Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Für den Zeitraum 2026/2031 ermittelt das WIFO nach der Methode der Europäischen Kommission ein durchschnittliches Trendwachstum von 1,0% p. a. Die Outputlücke ist seit dem Jahr 2024 negativ, ein Ausdruck der langanhaltenden Unterauslastung der Gesamtwirtschaft. Entsprechend der technischen Annahme der Europäischen Kommission wird sich diese Lücke bis 2031 schließen. Die mittelfristige Prognose des WIFO vom April 2026 ging für die Jahre 2026/2031 noch von einem Trendwachstum von 0,9% p. a. aus (Baumgartner et al., 2026). Die Schätzung der Europäische Kommission vom Mai 2026 war mit +0,7% p. a. deutlich pessimistischer (Europäische Kommission, 2026; Abbildung 7)[7]).

Übersicht 4 schlüsselt die Beiträge von TFP, Arbeit und Kapital zum Trendwachstum gemäß der aktuellen WIFO-Schätzung (nach der Methode der Europäischen Kommission) bzw. der Schätzung der Europäischen Kommission vom Mai 2026 auf. Das nach der Kommissionsmethode ermittelte Trendwachstum von 1,0% p. a. (2026/2031) wird durch Wachstumsbeiträge des Faktors Arbeit (0,1 Prozentpunkte), des Kapitals (0,4 Prozentpunkte) sowie der TFP (0,5 Prozentpunkte) getragen. Die Aufwärtsrevision des Trendwachstums gegenüber April geht auf ein höheres Produktivitätswachstum zurück.

Die WIFO-Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt ausgehend von –1,2% (2026) eine Schließung der Outputlücke bis Ende 2031 (Abbildung 8). In einer alternativen Schätzung leitet das WIFO die Entwicklung der Outputlücke aus dem prognostizierten BIP-Verlauf und dem geschätzten Trendoutput ab. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Havik et al., 2024; Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung gemäß **WIFO-Methode** ergibt ein durchschnittliches **Trendwachstum von 1,0% p. a.** (2026/2031). Die Outputlücke dreht ausgehend von –1,1% (2026) bis zum Ende des Prognosezeitraums ins Positive (2031 +0,1%).

Das WIFO erwartet für den Prognosezeitraum 2026/2031 gemäß eigener Methode ein durchschnittliches Trendwachstum von 1,0% pro Jahr. Die Outputlücke dreht von –1,1% im Jahr 2026 bis Ende 2031 ins Positive (+0,1%).

[7]) Die zugrundeliegenden Wirtschaftsdaten haben sich seit der Schätzung der Europäischen Kommission vom Mai 2026 durch die Revision der jährlichen und quartalsweisen VGR für die Jahre 2022 bis 2025 merklich geändert. Mit der Aufwärtsrevision des BIP hat sich auch das durchschnittliche jährliche Trendwachstum erhöht.

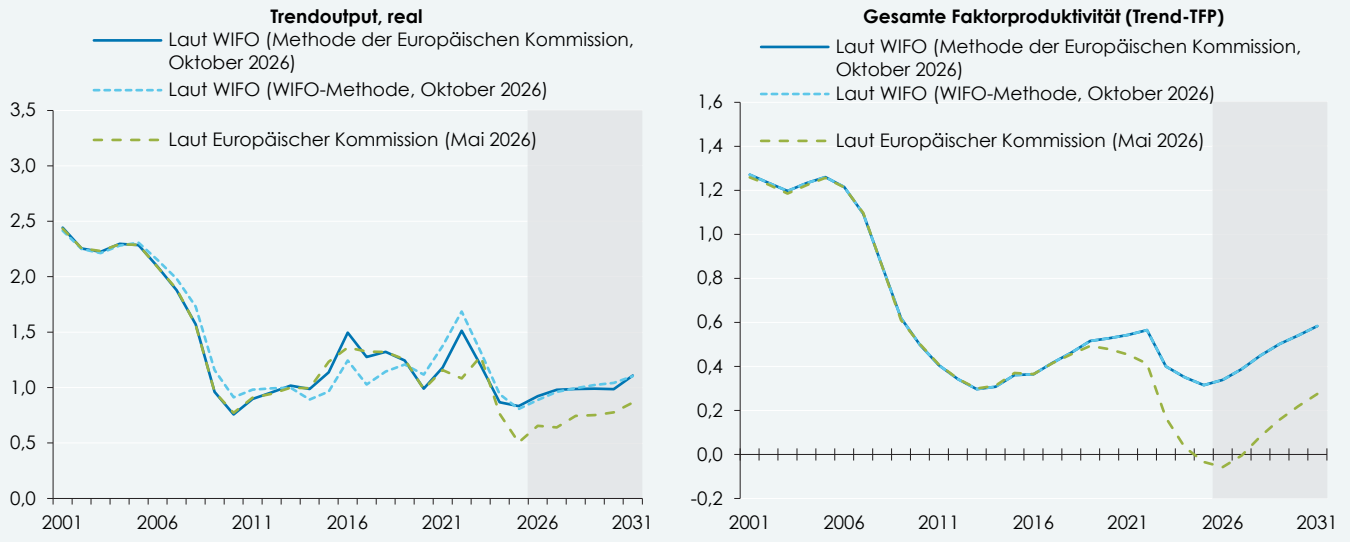
Übersicht 4: **Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs**

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Methode der Europäischen Kommission[1])											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	− 0,1	− 0,4	− 0,5	− 1,2	− 1,2	− 0,9	− 0,6	− 0,3	± 0,0	± 0,0
WIFO-Methode[2])											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	± 0,0	− 0,2	− 0,4	− 1,1	− 1,1	− 0,8	− 0,4	− 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2026)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	− 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	− 0,1	− 0,3	− 0,5	− 1,1	− 1,2	− 0,9	− 0,6	− 0,3	± 0,0	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026. – [2]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 7: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

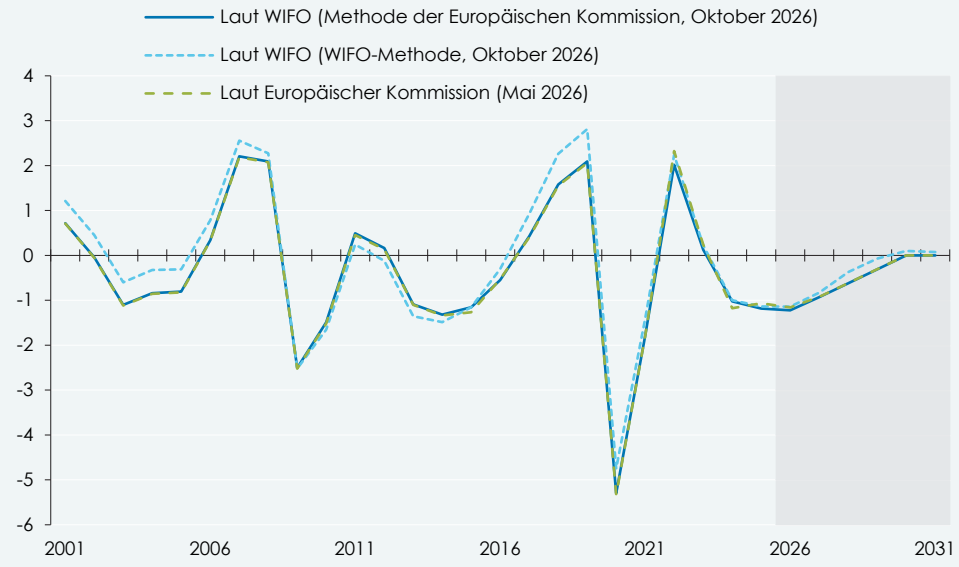
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026.

Abbildung 8: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026.

2.3 Arbeitsmarkt

Aufgrund der Rezession **schrumpfte** die unselbständige **Beschäftigung** im **privaten Sektor** in den Jahren **2024/2026** kumuliert um **1,2%** (laut VGR). Allerdings hielt der **Beschäftigungszuwachs** im **öffentlichen Sektor** (**+1,5% p. a.**; kumuliert +4,6%) die Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse (laut VGR rund 4,245 Mio.) und das Arbeitsvolumen auf dem Niveau von 2023. Mit der leichten Konjunkturbelebung ergibt sich 2026/2031 ein Zuwachs von ½% p. a. (Übersicht 5). Der demografische Wandel verschärft im Prognosezeitraum den Fachkräftemangel. Die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) schrumpft mittelfristig um durchschnittlich 0,3% p. a., wodurch sich das Wachstum des **Arbeitskräfteangebotes** von 0,6% (2025) auf 0,1% (2031) abschwächen wird. Die leichte Ausweitung trotz der ungünstigen demografischen Entwicklung liegt an der Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren. Sie folgt u. a. aus der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen seit 2024 und der Erhöhung des Antrittsalters für die Korridorpension von 62 auf 63 Jahre.

Zusätzlich unterstellt das WIFO einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Getragen wird er u. a. durch Einpendler:innen aus den Nachbarländern und Vertriebene aus der Ukraine, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen anhalten bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern[8]). Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2031 auf rund 30% ansteigen (2010: 13,8%).

Da geburtenstarke Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und jüngere Kohorten schwächer besetzt sind, werden die Abgänge aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath et al., 2022, 2025). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung; Handwerk) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse. Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit zunehmend schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath et al., 2024). Der seit Mitte der 1970er-Jahre beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen wurde durch die COVID-19-Krise massiv beschleunigt, verlief danach aber deutlich langsamer als vor der Krise. Sollte er sich erneut beschleunigen, würde dies das Arbeits-

Die Arbeitslosenquote dürfte nach der Schwächephase der letzten Jahre bis 2031 auf 5,8% zurückgehen (2026: 7,6%).

[8]) Der Iran-Krieg und die damit einhergehende Instabilität im Nahen und Mittleren Osten bergen das Potenzial für erneute Flüchtlingsströme nach Europa. Daraus könnten sich zum einen weitere Probleme bei der Integration ergeben, zum anderen aber auch Chancen, das Arbeitsangebot zu erhöhen.

angebot zusätzlich schmälern und die Arbeitskräfteknappheit noch weiter vergrößern (Statistik Austria, 2026).

Die mittelfristige Verknappung des Arbeitskräfteangebotes dämpft einerseits das Trendwachstum und erzeugt andererseits Druck zur Mobilisierung bislang ungenutzter Arbeitskräftereserven. Mit geeigneten (Re-)Qualifizierungsmaßnahmen durch Unternehmen und die öffentliche Hand (AMS) könnten arbeitslose Personen verstärkt in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden. Unter der Annahme, dass dies gelingt, wird die **Arbeitslosenquote** von 7,6% im Jahr 2026 bis 2031 auf 5,8% zurückgehen.

Übersicht 5: **Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
					In %					
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen[1])	5,6	5,4	5,4	5,7	6,0	5,7	5,5	5,3	5,1	4,9
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,7	7,4	7,6	7,3	6,9	6,5	6,2	5,8
					Veränderung in % p. a.					
Unselbständig Beschäftigte laut VGR[2])	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,4	± 0,0	– 0,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte[3])	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Selbständige[4])	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
Arbeitslose	+ 1,5	– 5,0	– 3,7	+ 6,6	+ 2,5	– 2,8	– 5,1	– 5,3	– 5,1	– 6,0
Produktivität[5])	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Lohn- und Gehaltssumme[6])	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,1	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,6
Pro Kopf, real[7])	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1	– 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 4,3	+ 1,8	+ 3,2	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,3	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – [2]) Beschäftigungsverhältnisse. – [3]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – [4]) Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – [5]) BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – [6]) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – [7]) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

2.4 Inflation und Löhne

Die Inflationsrate erreicht erst im Jahr 2029 nachhaltig den Zielwert von 2% und dürfte bis 2031 nahe daran verharren.

Im Jänner und Februar 2026 war die Inflationsrate in Österreich auf durchschnittlich 2,1% gesunken (laut Verbraucherpreisindex, IV. Quartal 2025 +3,9%). Vor Ausbruch des Iran-Krieges Ende Februar 2026 und dem folgenden Energiepreisanstieg lag die WIFO-Schätzung für die Jahresinflationsrate 2026 daher noch bei rund 2% (siehe Selektiv, 2026). Der mittlerweile seit einem Dreivierteljahr andauernde Krieg am Persischen Golf und die Sperre der Straße von Hormus trieben die internationalen Rohöl- und Erdgaspreise nach oben. Das WIFO hat seine Inflationsprognose für das laufende Jahr daher auf 3,3% angehoben. Der Zielwert der EZB von 2% dürfte nun erst in der zweiten Jahreshälfte 2029 erreicht werden (Ø 2026/2031: 2,4% p. a.; Übersicht 5).

Im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raumes wird die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2026 etwas geringer ausfallen. Dafür sind zum einen die inflationsdämpfenden Maßnahmen, der Bundesregierung verantwortlich, welche den Preisauftrieb um etwa 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte verringern. Zum anderen werden sich die internationalen Energiepreisschocks angesichts der in Österreich üblichen Fixverträge bei Strom und Erdgas erst merklich verzögert auf die Arbeitspreise der privaten Haushalte und der Klein- und Mittelbetriebe auswirken, beginnend ab September 2026 und verstärkt im I. Quartal 2027. 2027 und 2028 dürfte die Inflationsrate dann allerdings höher ausfallen als im Durchschnitt der Euro-Länder, da die verzögerte Preisüberwälzung die Inflationsbeiträge der Bereiche Gas und Strom erhöht. Zudem werden Maßnahmen entweder nicht länger dämpfend auf die Inflationsrate wirken – so wird etwa der Basiseffekt der Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ab Juli 2027 entfallen – oder überhaupt zurückgenommen, womit sich ihre Wirkung auf die Inflation 2027 umkehrt (Energieabgabe, Ökostromförderbeiträge ab Jänner 2027).

In Österreich ist der Preisauftrieb bei Dienstleistungen ausgeprägter als in anderen Euro-Ländern. Da Dienstleistungen in den meisten Fällen arbeitsintensiv sind, spiegelt dies zunächst die Arbeitskostendynamik wider. Es bestehen aber auch länderspezifische Unterschiede in der Gewichtungsstruktur des (H)VPI-Warenkorbs, wobei in Österreich insbesondere dem Teilbereich Beherbergung und Gastronomie ein höheres Gewicht zukommt. Daneben ist auch der Einfluss der

Indexierung, z. B. von Mieten oder Mobilfunkverträgen, in Österreich höher. Zusammengenommen tragen die drei angeführten Faktoren zu einer in Österreich ausgeprägteren Inflationspersistenz, vor allem bei Dienstleistungen, bei (Moser et al., 2025). Darüber hinaus trägt im Jahr 2026 der Anstieg der administrierten Preise, z. B. der Tarife und Gebühren im öffentlichen Personennahverkehr, der Parkgebühren (im Besonderen in Wien), des Preises für das Klimaticket und Bahnfahrten, oder der Kosten für die Wasserver- und -entsorgung und die Müllabfuhr, 0,4 Prozentpunkte zur Gesamtinflation bei. Aufgrund der Sparvorgaben dürften die Gebietskörperschaften ihre Spielräume bei der Gestaltung der Tarife und Gebühren auch 2027/28 größtmöglich ausreizen.

In Österreich liegt den zeitlich gestaffelten Tarifverhandlungen (Bittschi, 2023) üblicherweise die Inflationsrate der letzten 12 Monate (rollierende Inflation) zugrunde. Infolge etwas schwächerer nomineller Lohnsteigerungen als in den beiden Vorjahren dürften die arbeitsintensiven touristischen Dienstleistungen 2027 weniger zur Teuerung beitragen als noch in den Vorjahren.

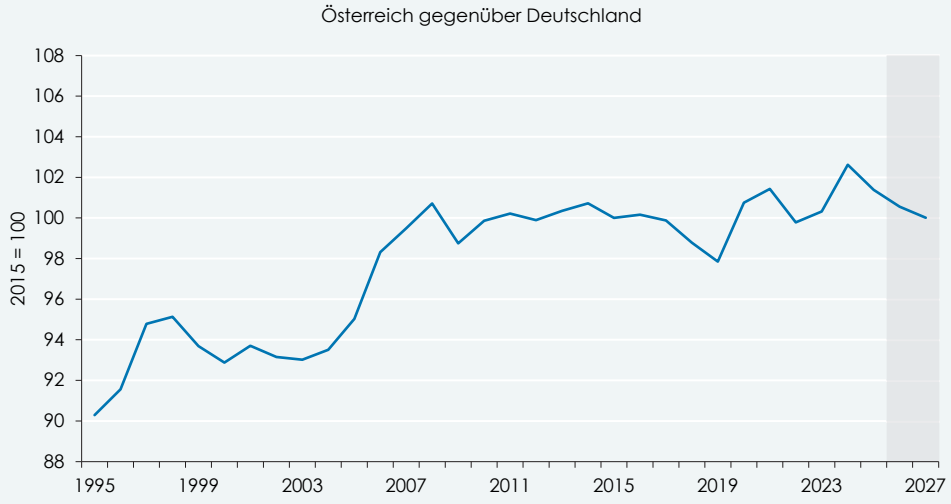
Für die Jahre 2026 bis 2031 erwartet das WIFO einen Anstieg der **Produzentenreallöhne pro Stunde** von ¼% pro Jahr, womit rund vier Zehntel des Produktivitätsanstiegs auf den Faktor Arbeit entfallen werden. Der langfristige Strukturwandel, der einen Beschäftigungsabfluss aus der güterproduzierenden Industrie (mit höherem durchschnittlichem Lohnniveau) zu den Dienstleistungen mit sich bringt, dämpft den durchschnittlichen Lohnzuwachs.

Die Lohnsteigerungen in den Jahren 2023/24 haben die **Lohnstückkosten** (2023/24 +8¼% p. a.) in Österreich markant und nachhaltig erhöht, wodurch sich die **relative Lohnstückkostenposition** gegenüber den europäischen Handelspartnern deutlich verschlechtert hat. Im Jahr 2025 stabilisierten sich die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung und die relative Position gegenüber den EU-Handelspartnern verbesserte sich wieder (Bittschi & Meyer, 2026).

Für 2026 (–0,9%) und 2027 (+0,3%) dürfte es aufgrund der Lohnzurückhaltung (z. B. zweijähriger Abschluss der Metallindustrie und -gewerbe und dreijähriger Abschluss im öffentlichen Dienst; beide liegen im Durchschnitt der Jahre unter der Inflationsrate) zu Verlusten bzw. nur mäßigen Zuwächsen der **Konsumentenreallöhne** pro Kopf kommen. Dies dürfte, zumindest gegenüber Deutschland, die relative Lohnstückkostenposition (insgesamt) verbessern, und in der exportorientierten Industrie den in den Vorjahren aufgebauten Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit wieder etwas verringern (Abbildung 9)[9]. Für 2028 (+0,6%; getragen vom privaten Sektor) und 2029 (+0,5%; getragen vom öffentlichen Sektor) erwartet das WIFO als Gegenbewegung zur Lohnzurückhaltung im Zeitraum 2026/2028 wieder höhere Reallohnzuwächse je Erwerbstätigen.

Die Bruttoreallöhne pro Kopf werden nach einem Rückgang 2026 bis zum Ende der Prognoseperiode um 0,2% p. a. steigen.

Abbildung 9: **Entwicklung der relativen Lohnstückkosten**



Q: Statistik Austria, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026), WIFO-Berechnungen.

[9]) Diese Einschätzung fußt auf einem Vergleich der Lohnstückkosten auf der Basis der vorliegenden WIFO-Prognose und der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026) für Deutschland. Für einen Vergleich mit einer größeren Ländergruppe wären die Länderprognosen der Europäischen Kommission oder der OECD geeignete Quellen, diese werden aber erst nach der Fertigstellung dieses Beitrags veröffentlicht.

2.5 Öffentlicher Sektor

Das gesamtstaatliche Defizit liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 4,1% des nominellen BIP deutlich über den EU-Vorgaben. Die Staatsschuldenquote dürfte von 80¾% (2025) bis 2031 auf 89% des BIP steigen.

Die Bestrebungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte werden im Prognosezeitraum weitergeführt, eine deutliche Verbesserung der gesamtstaatlichen Budgetposition ist jedoch nicht zu erwarten. Die im Vorjahr eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen im Doppelbudget 2025/26 des Bundes wurden mit dem Doppelbudget 2027/28 fortgesetzt und ergänzt. Auch Länder und Gemeinden sind im Rahmen des österreichischen Stabilitätspaktes 2025 zu einer stärkeren Budgetdisziplin verpflichtet. Die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen dämpfen zwar die Ausgabendynamik, allerdings erschweren die schwache Konjunktur, ausgabensteigernde demografische Entwicklungen und insbesondere die zunehmende Zinsbelastung die Budgetsanierung.

Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit sinkt von 4,1% des BIP im Jahr 2025 auf 4,0% im Jahr 2026 und 3,8% im Jahr 2027. 2028 verschlechtert sich der Finanzierungssaldo aufgrund eines buchungstechnischen Sondereffektes vorübergehend auf –4,2% des BIP[10]). Für 2030 und 2031 erwartet das WIFO dann wieder Defizite von 4,1% bzw. 4,2% des BIP. Der Maastricht-Schwellenwert von –3% wird somit im gesamten Prognosezeitraum verfehlt. Die bereits beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen reichen damit nicht aus, um das Defizit dauerhaft zu reduzieren. Insbesondere ab 2028 belasten neben der nachlassenden Einnahmendynamik die stark wachsenden Zinsausgaben zunehmend den Finanzierungssaldo.

Die gesamtstaatliche Schuldenquote steigt von 80,7% des BIP im Jahr 2025 auf 83,5% im Jahr 2027 und erreicht 2031 89,1%. Damit setzt sich der Anstieg der vergangenen Jahre fort. Die anhaltend hohe Neuverschuldung und das im Verhältnis zur Schuldenentwicklung schwache nominelle Wirtschaftswachstum verhindern einen Rückgang oder wenigstens die Stabilisierung der Schuldenquote. Die zunehmende Verschuldung verengt zugleich den fiskalpolitischen Handlungsspielraum, da ein wachsender Anteil der öffentlichen Mittel für den Schuldendienst aufgewendet werden muss.

Die Wirkungen der 2025 eingeleiteten Konsolidierungsprogramme zeigen sich insbesondere in der Entwicklung der Primärausgaben. Die Primärausgabenquote – die Staatsausgaben ohne Zinszahlungen in Relation zum nominellen BIP – sinkt von 53,0% im Jahr 2025 auf 51,0% im Jahr 2031. Die Staatsausgabenquote insgesamt verringert sich im selben Zeitraum von 54,6% auf 53,5% des BIP. Dazu tragen Maßnahmen auf Bundesebene ebenso bei wie die Konsolidierungsanstrengungen der Länder und Gemeinden. Gedämpft wird der Anstieg der öffentlichen Ausgaben u. a. durch restriktivere Förderungen und Sachausgaben sowie durch die unter der Inflation liegenden Lohnzuwächse im öffentlichen Dienst, zurückhaltende Pensionsanpassungen und die Begrenzung der Valorisierung von Familienleistungen. Gleichzeitig wird die Ausgabendynamik in Bereichen wie Pensionen, Gesundheit und Pflege aufgrund der demografischen Entwicklung trotz gewisser Reformbemühungen hoch bleiben (Schiman-Vukan et al., 2025).

Die rückläufige Primärausgabenquote schlägt sich auch in einer Verbesserung des Primärsaldos von –2,5% des BIP im Jahr 2025 auf –1,9% im Jahr 2027 nieder. Nach einer weiteren Verbesserung liegt er 2030 und 2031 bei jeweils –1,7% des BIP. Trotz der Konsolidierungsmaßnahmen bleibt der Primärsaldo durchgehend negativ: Auch ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen reichen die laufenden Einnahmen somit nicht aus, um die Primärausgaben zu decken. Anzustreben wäre ein im Primärsaldo ausgeglichener Staatshaushalt bei geschlossener Outputlücke zum Ende des Prognosehorizontes.

Die Zinsausgaben entwickeln sich zunehmend zu einem zentralen Belastungsfaktor der öffentlichen Haushalte. Infolge der steigenden Sekundärmarktrenditen und der bereits hohen Staatsverschuldung erhöht sich die Zinsausgabenquote von 1,6% des BIP im Jahr 2025 auf 2,5% der Wirtschaftsleistung im Jahr 2031. Damit wird die durch die Konsolidierung erzielte Entlastung aufgezehrt. Wachsende Zinsausgaben begrenzen zunehmend die Möglichkeiten, zusätzliche Ausgabenbedarfe zu finanzieren oder auf konjunkturelle und strukturelle Herausforderungen sowie kurzfristige Krisen zu reagieren.

Auch die Einnahmenentwicklung erschwert eine nachhaltige Verbesserung der Budgetposition. Die Staatseinnahmenquote sinkt von 50,4% des BIP im Jahr 2025 auf 49,4% im Jahr 2031. Neben der verhaltenen Konjunktur tragen dazu mehrere fiskalpolitische Maßnahmen bei, die erst nach der Verabschiedung des Doppelbudgets 2027/28 beschlossen wurden. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel dämpft die Verbrauchsteuereinnahmen. Dürrehilfen für die Landwirtschaft belasten das Budget 2026 insbesondere durch geringere Sozialversicherungsbeiträge der Bäuer:innen, wobei die Gegenfinanzierung ab 2027 noch offen ist. Ab 2027 vermindert das Programm zur Attraktivierung des Arbeitens im Alter die Einnahmen aus Lohnsteuer, Einkommensteuer und Sozialbeiträgen. Die Senkung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenaus-

[10]) Die Umstellung von der nationalen CO_2-Abgabe auf das EU-Emissionshandelssystem 2 (EU-ETS 2) wirkt sich 2028 vorübergehend negativ auf das Maastricht-Defizit aus, da die ESVG-mäßige Erfassung der Erträge aus dem Zertifikatverkauf erst bei der Nutzung für realisierte Emissionen im Folgejahr, und damit um ein Jahr verzögert, erfolgt.

gleichsfonds ab 2028 belastet die Einnahmenseite zusätzlich. Die buchungstechnischen Einnahmen aus der Umstellung der nationalen CO_2-Bepreisung auf das europäische Emissionshandelssystem ab 2028 schlagen sich erst ab 2029 nieder. Diese Faktoren begrenzen das Einnahmenwachstum, obwohl einzelne steuerpolitische Maßnahmen, etwa die Einführung eines progressiven Körperschaftsteuertarifs oder einer Paketsteuer, gegenfinanzierend wirken.

Wie die Entwicklung des strukturellen Budgetsaldos zeigt, haben die bisherigen Konsolidierungsanstrengungen noch keine nachhaltige Verbesserung der Haushaltslage bewirkt. Nach der Berechnungsmethode des WIFO liegt der strukturelle Saldo 2025 bei –3,5%, 2026 und 2027 bei jeweils –3,4% und verschlechtert sich bis 2031 auf –4,2% des BIP. Die strukturellen Salden bleiben deutlich negativ und weisen im gesamten Prognosezeitraum auf einen anhaltenden zusätzlichen Konsolidierungsbedarf hin. Auch nach Bereinigung um konjunkturelle Einflüsse ist somit keine nachhaltige Annäherung an einen ausgeglichenen Haushalt erkennbar.

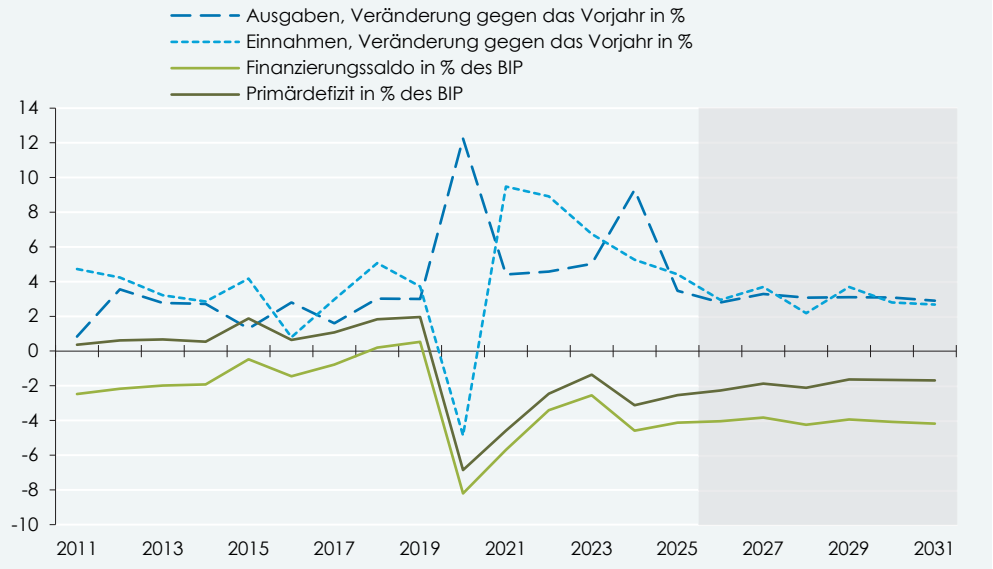
Übersicht 6: **Staat**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
					Veränderung in % p. a.					
Laufende Einnahmen	+ 3,4	+ 6,9	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,7
Laufende Ausgaben	+ 2,2	+ 5,3	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 6,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1
					In % des BIP					
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	– 1,5	– 4,1	– 4,1	– 4,1	– 4,0	– 3,8	– 4,2	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission[1])	– 1,5	– 3,9	– 3,8	– 3,4	– 3,3	– 3,3	– 3,9	– 3,8	– 4,1	– 4,2
WIFO-Methode[2])	– 1,5	– 3,9	– 3,8	– 3,5	– 3,4	– 3,4	– 4,0	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission[1])	– 1,1	– 3,9	– 3,8	– 3,4	– 3,3	– 3,3	– 3,9	– 3,8	– 4,1	– 4,2
WIFO-Methode[2])	– 1,2	– 4,0	– 3,8	– 3,5	– 3,4	– 3,4	– 4,0	– 3,9	– 4,1	– 4,2
Staatsschuld	81,1	79,5	85,7	80,7	82,3	83,5	85,2	86,2	87,6	89,1

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – [1]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2026. – [2]) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 10: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

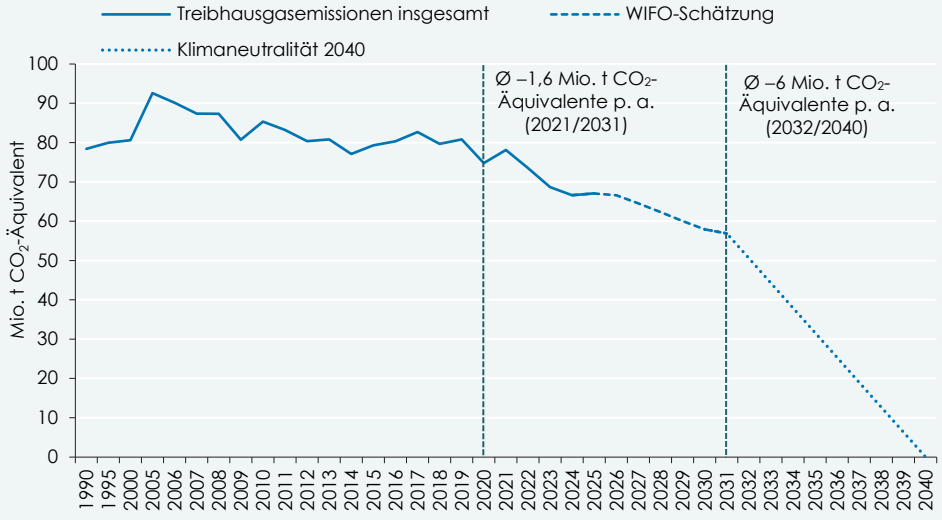
Insgesamt zeigt die budgetäre Vorausschau ein Spannungsfeld zwischen sinkenden Primärausgabenquoten, steigenden Zinsausgaben und einer gleichzeitig rückläufigen Einnahmenquote. Die Konsolidierungsmaßnahmen bremsen zwar die Ausgabendynamik, doch steigende Zinsausgaben und zusätzliche Entlastungen auf der Einnahmenseite verhindern eine dauerhafte Verbesserung des Maastricht-Saldos. Österreich ist zwar kein Kandidat für einen plötzlichen Anleihemarktschock, wohl aber für eine langsam zunehmende, strukturelle Verengung des fiskalischen Spielraums. Die lange Laufzeitstruktur und starke Institutionen begrenzen das Refinanzierungsrisiko. Die demografische Alterung, steigende Gesundheits- und Pflegeausgaben, die ökologische Transformation, wachsende Zinsausgaben und höhere Verteidigungsausgaben setzen die öffentlichen Finanzen allerdings stark unter Druck. Um die EU-Fiskalvorgaben einzuhalten und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern, sind daher weitere strukturelle Anpassungen erforderlich. Diese betreffen alle staatlichen Ebenen und sollten neben einer Begrenzung der Ausgabendynamik auch die Effizienz öffentlicher Leistungen und die langfristigen Auswirkungen fiskalpolitischer Maßnahmen berücksichtigen.

2.6 Treibhausgasausstoß

Für die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen wird das am WIFO entwickelte Modell ALICE (Austrian Laboratory to Investigate Carbon Emissions) eingesetzt, mit dem seit 2022 auch die kurzfristige Treibhausgasprognose erstellt wird[11]).

2026 dürften die Treibhausgasemissionen im Vorjahresvergleich geringfügig sinken. Die Indikatoren zeigen ein heterogenes Bild: Während der Einsatz von Heizöl und Gas für die Raumwärme- und Stromerzeugung etwas abnimmt, steigt der Treibstoffabsatz leicht. Dies ist einerseits der Witterung, andererseits, vor allem bei Heizöl, Preisreaktionen geschuldet. Beim Absatz von Benzin und Diesel zeichnet sich hingegen ein Anstieg ab. Bei Diesel wäre es der erste seit 2021, was angesichts der hohen Dieselpreise auf den ersten Blick kontraintuitiv wirkt, aber auf den vermehrten Kraftstoffexport im Tank zurückzuführen sein dürfte, zumal Diesel in Deutschland und Italien wieder deutlich teurer ist als in Österreich. Insgesamt erwartet das WIFO im laufenden Jahr einen leichten Rückgang der Treibhausgasemissionen **(–0,7%)**, wobei die Prognoseunsicherheit angesichts geopolitischer Konflikte, unklarer Preisreaktionen und anderer Unwägbarkeiten (Entwicklung von "Hydrotreated Vegetable Oil (HVO)"-Beimischungen) größer geworden ist.

Abbildung 11: **Entwicklung der Treibhausgasemissionen bis 2031 und Zielpfad bis 2040**



Q: Umweltbundesamt (bis 2025), WIFO-Prognose (2026 bis 2031). Angedeuteter Pfad zur Klimaneutralität laut Regierungsprogramm.

In den **Folgejahren** dürfte sich der **Rückgang** der Emissionen wieder **beschleunigen**, besonders im Bereich der Metallherstellung, die momentan über 20% der CO_2-Emissionen verursacht. Dort zeichnet sich der mehrjährige (2027 bis 2030) Umstieg auf eine grüne Stahlproduktion mit Elektrolichtbogenöfen ab. Weitere Gründe für den verstärkten

[11]) Zum ALICE-Modell siehe https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4497366.

Emissionsrückgang sind vermehrte Neuzulassungen von Elektrofahrzeugen, ein Anstieg des Absatzes von nicht-fossilen Treibstoffen (z. B. HVO) und der eher verhaltene Konjunkturausblick, der eine gedämpfte Energienachfrage erwarten lässt.

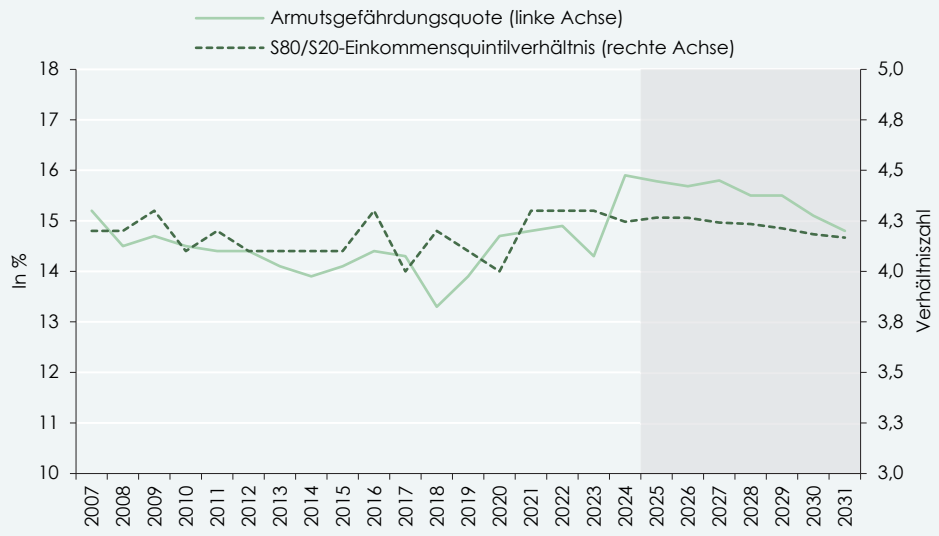
Insgesamt werden die Emissionen mit **bis zu –3,6% p. a.** merklich zurückgehen. Um den von der Bundesregierung angestrebten Pfad der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, müsste sich der Rückgang allerdings noch deutlich beschleunigen. Ausgehend vom berechneten Niveau 2031 (57 Mio. t CO_2-Äquivalente) müssten die Emissionen in den Folgejahren um über 6 Mio. t pro Jahr sinken (Abbildung 11). Insbesondere die schwer abschätzbare Entwicklung der CO_2-Zertifikatspreise in den Emissionshandelssystemen (ETS & ETS 2) sowie der Energiepreise können merklichen Einfluss auf den tatsächlichen Emissionspfad haben.

Um dem Zielpfad näher zu kommen, müssten bis zum Ende des Prognosehorizontes in zumindest vier Bereichen (Mobilität, Raum- und Prozesswärme, Landwirtschaft) stärkere Fortschritte erzielt werden als erwartet.

2.7 Entwicklung von Armutsgefährdung und Einkommensverteilung

Für 2026 prognostiziert das WIFO einen Rückgang der **Armutsgefährdungsquote** um 0,1 Prozentpunkte auf 15,7%. Das gegenüber den indexierten Pensionen und Sozialleistungen sowie den Tagsätzen der Arbeitslosenversicherung (ALV) schwächere Lohnwachstum verbessert die relative Einkommensposition der Transferbeziehenden. In den ALV-Leistungen schlagen sich die hohen Lohnabschlüsse der Vergangenheit zeitversetzt nieder. Dies wirkt einem Anstieg der Armutsgefährdungsquote aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und der Konsolidierungsmaßnahmen, etwa des Aussetzens der Valorisierung von Familienleistungen, entgegen. 2027 dürfte die Quote auf 15,8% steigen, da bestehende und weitere Konsolidierungsmaßnahmen, wie der schrittweise Entfall der Staffelung des Dienstnehmeranteils am ALV-Beitrag, schwellennahe private Haushalte belasten. Mittelfristig dürfte die Quote um rund 1 Prozentpunkt auf 14,8% im Jahr 2031 sinken. Ausschlaggebend dafür ist insbesondere der erwartete Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dieser dürfte auch maßgeblich zur Verbesserung des **S80/S20-Einkommensquintilsverhältnisses** beitragen. Für 2026/2031 wird ein Rückgang von 4,26 auf 4,17 erwartet. Auch das Wiedereinsetzen der Valorisierung der Familienleistungen trägt gegen Ende des Prognosehorizontes dazu bei.

Abbildung 12: **Verteilungsindikatoren**



Q: Eurostat, ilc_li02 und ilc_di11 (dem Einkommensjahr zugeordnet). Ab 2025: WIFO-Prognose. Die Methode ist in Baumgartner et al. (2026) skizziert und baut auf Ederer et al. (2024) auf.

3. Prognoserisiken

Beträchtliche Abwärtsrisiken bergen der **Iran-Krieg** und weiterhin der **Ukraine-Krieg.** So könnte eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit dem Iran den Nahen und Mittleren Osten destabilisieren. Länger anhaltende Lieferengpässe, höhere Transportkosten und eine deutliche Verteuerung von Rohöl und Erdgas – bis hin zu Mangellagen bei verarbeiteten Mineralölprodukten (Diesel, Kerosin), Kunstdünger und Helium – hätten

Der Iran-Krieg, der Ukraine-Krieg und Handelskonflikte im Zusammenhang mit der Zollpolitik der USA bergen weiterhin bedeutende Abwärtsrisiken.

schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. verstärkte Fluchtbewegungen, höhere Diesel- und Erdgaspreise und umfassendere EU-Sanktionen gegen Russland zur Folge haben.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den **USA**, **China** und der **EU** hätte wegen der Verzahnung der Wertschöpfungsketten ebenfalls negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

China ringt weiterhin mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft. Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte. Zudem könnten die massiven Überkapazitäten in der chinesischen Industrie und die damit verbundenen hohen Subventionen die europäische Industrie noch stärker unter Druck setzen und in höheren Marktanteilsverlusten münden (Mayr et al., 2026; OECD, 2026). Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte neben geostrategischen und sicherheitspolitischen auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Industrieländer (z. B. hinsichtlich der Verfügbarkeit von High-end-Computerchips).

Ein Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken würde die weltweite Konjunktur dämpfen, die Energiepreise erhöhen und in der Folge zu einem weiteren Anstieg der Inflation beitragen. Die österreichischen Ausfuhren würden sich folglich schwächer entwickeln und die Inflation in Österreich höher ausfallen als in der vorliegenden Prognose dargelegt. Aufgrund der in Österreich höheren Inflationspersistenz, wie sie zuletzt in den Jahren 2022 bis 2024 zu beobachten war, könnte sich ein solcher Inflationsschock hierzulande neuerlich stärker und dauerhafter auswirken als in anderen Euro-Ländern.

Neben der Konsumnachfrage und den Exporten würde auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen abnehmen. Stärkere als die hier unterstellten Leitzinserhöhungen würden auch die langfristigen Zinssätze erhöhen und den Konsum dauerhafter Güter, aber vor allem die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen weiter belasten.

Zusammengenommen würden das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung in diesem Fall gedämpft. Als weitere Konsequenz würde das Abgabenaufkommen zurückgehen, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfielen als angenommen, wodurch sich die fiskalische Position Österreichs weiter verschlechtern würde.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme unterstellte das WIFO in der vorliegenden Prognose keine zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen, um die Neuverschuldung auf bzw. nachhaltig unter das 3%-Ziel zu senken. Abhängig von den getroffenen Maßnahmen hätte dies Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung; das BIP-Wachstum würde dadurch tendenziell niedriger ausfallen als in dieser Prognose dargestellt.

4. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniovski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria*. *Proceedings of OeNB Workshops* (S. 61-86), (5).

Baumgartner, J., Fink, M., Kaniovski, S., & Pitlik, H. (2026). Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031. *WIFO-Monatsberichte*, 99(4), 169-188. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68110059.

Bittschi, B. (2023). Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner?. *Wirtschaft und Gesellschaft*, *49*(29), 79-101. https://journals.akwien.at/index.php/wug/article/view/187/182.

Bittschi, B., & Meyer, B. (2026). Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 99(10), 539-553. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/73369178.

Ederer, S., Fink, M., Rocha-Akis, S., & Lechinger, V. (2024). Prognose von "Beyond GDP"-Indikatoren zur Einkommensverteilung. *WIFO Research Briefs*, (5). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51178914.

EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.

EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.

Europäische Kommission (2026). European Economic Forecast. Spring 2026. *European Economy, Institutional Papers*, (341).

Fiskalrat (2026). *Fiskalregelbericht: Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2025 bis 2030, Juni 2026.* https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:be76daed-8993-4cdc-a860-5ed79ed71d75/Fiskalregelbericht-2026-Web.pdf.

Glocker, C., & Ederer, S. (2026). Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft: Prognose für 2026 und 2027. *WIFO-Konjunkturprognose*, (3). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/73202058.

Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).

Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Kogler, M., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2024). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2023 bis 2030*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55858191.

Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19098022.

Horvath, T., Mahringer, H., & Mayrhuber, C. (2025). Älterenbeschäftigungsquoten bis 2030. *WIFO Research Briefs*, (11). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60174119.

Lui, Z. Z. (2024). China's Real Economic Crisis, Why Beijing Won't Give Up on a Failing Model. *Foreign Affairs*, *103*(5). https://www.foreignaffairs.com/china/chinas-real-economic-crisis-zongyuan-liu.

Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, *45*(1), 59-82.

Moser, M., Prammer, D., & Stiglbauer, A. (2025, 5. September). Hohe Inflation: Die Indexierungen sind es nicht (allein). OeNB-Blog. https://www.oenb.at/news-und-events/news/oenb-blog/2025/2025-09-05-hohe-inflation.html.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026). Gemeinschaftsdiagnose #1-2026: Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67833047.

Mayr, S., Musitz, L., Papathophilou, S., Raza, W., Tröster, B., & Wuttke, T. (2026). Industrial overcapacities, with a focus on China. European Parliament, DG External Policies Analysis and Support Unit. https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2026/783610/EXPO_STU(2026)783610_EN.pdf.

OECD (2026). *OECD MAGIC Database of Industrial Subsidies*. https://doi.org/10.1787/ce94f33b-en.

Schiman-Vukan, S., Horvath, T., & Spielauer, M. (2025). *Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich*. WIFO. https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64187468.

Selektiv (2026, 13. Oktober). Interview – WIFO-Ökonom: "Inflation könnte im Jahresschnitt unter 2,0%" sinken". https://www.selektiv.at/wifo-baumgartner-interview/.

Statistik Austria (2026). *Detailtabellen zu geleisteter Arbeitszeit, Arbeitsvolumen, Überstunden – Zeitreihen, Arbeitskräfteerhebung 2025*. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeitreihen_bis2025.ods.